neue kritik nr. 8 (nov.61) 2. jahrgang

herausgegeben vom bundesvorstand des
sozialistischen deutschen studentenbundes - sds

AUS DEM INHALT:

Zur 16. Delegiertenkonferenz des SDS (Grossmann)

Für Freiheit Westberlins

Gegen Wiederaufnahme von Atomtests

Bundesregierung verschärft die Lage

Völkermord in Angola mit Nato Waffen

(Entschließungen der 16. Delegiertenkonferenz)

Das Ringen um die Verteidigung des Grundgesetzes (Abendroth)

Zur Frage der innerparteilichen Demokratie (Flechtheim)

Gedanken zu einer sozialistischen Außenpolitik (Lamm)

Anmerkungen zum Begriff der totalitären Ideologie (Kerber)

DIE GRUNDSÄTZLICHE ENTSCHEIDUNG DES SDS

Eberhard Dähne

Am 6. November 1961 veröffentlichte der Parteivorstand der SPD einen Beschluß, wonach die Mitgliedschaft im SDS und in der Sozialistischen Förderergesellschaft e.V. mit der Zugehörigkeit zur SPD unvereinbar ist.

Dieser Beschluß blieb ohne eine wirkliche Begründung und beruhte auf keinem aktuellen Anlaß. Der Parteivorstand versuchte sich bei seinem Beschluß auf eine "Materialsammlung" gegen den SDS zu stützen; in einer Stellungnahme wies der Bundestagsabgeordnete Hans Matthöfer auf zahlreiche Unrichtigkeiten und Verzerrungen hin. Während so der Parteivorstand einerseits dem SDS neue "Fehltritte" anzudichten versucht, argumentieren andere Gruppierungen innerhalb der Partei, die Gründung der Förderergesellschaft sei der eigentliche Anlaß gewesen und die Versöhnung mit dem SDS wäre ohne sie in den kommenden Monaten erfolgt. Es zeigt sich hieran deutlich, daß es dem Parteivorstand nicht möglich ist, den gefaßten Beschluß zu begründen und daß es ihm nur darauf ankommt, eine unabhängige, nicht von ihm kontrollierte sozialistische Organisation zu zerschlagen.

Unmittelbar nach der Veröffentlichung dieses Beschlusses haben sechs Professoren, die alle der SPD angehören, öffentlich bekundet, daß sie sich diesem Beschluß nicht beugen würden. Inzwischen haben sich weitere namhafte Professoren diesem Protest angeschlossen. Die Mitglieder der Förderergesellschaft haben mit ganz wenigen Ausnahmen entschieden, den Ausschluß aus der Sozialdemokratischen Partei auf sich zu nehmen. Der Protest der Professoren und diese Entscheidung hat in der Presse und in der Studentenschaft ein positives Echo gefunden, was z.B. dazu führte, daß einige Professoren von ihren Studenten in der Vorlesung mit demonstrativem Beifall begrüßt wurden.

Der Parteivorstand wurde in der Öffentlichkeit ins Unrecht gesetzt. Der Beschluß wurde damit zu einem innerparteilichen Problem für die SPD - der SDS wurde durch ihn nicht getroffen.

Diese Reaktion war nur möglich aufgrund der Politik unseres Verbandes, die seit der Distanzierung der SPD im Juli 1960 verfolgt und von der Delegiertenkonferenz im Oktober dieses Jahres erneut bestätigt wurde.

Wir haben auf dieser Konferenz die Grundlagen für unsere weitere Tätigkeit erarbeitet, die durch unsere Stellung als unabhängiger, sozialistischer Studentenverband an der Hochschule und in der Arbeiterbewegung bestimmt ist.

Der SDS ist im Bewußtsein vieler Studenten als ein Verband anerkannt, der uneingeschränkt gegen jeden Abbau unserer demokratischen Grund-

rechte Stellung bezieht und sich bemüht, einen eigenen unabhängigen Standpunkt in politischen Fragen - nicht zuletzt zu hochschulpolitischen Problemen - zu erarbeiten. Selbst der RCDS bescheinigte uns, dass wir "zu den aktivsten Kreisen solcher Besinnung auf 'die Heimat für die Linke'... als das von der SPD verstossene, unbequeme Kind" (CIVIS Nr.82/83, S.139) gehören.

Trotz aller finanziellen Zuwendungen ist es dem Sozialdemokratischen Hochschulbund nicht gelungen, auch nur Ansätze einer politischen Wirksamkeit an den Hochschulen zu entwickeln. Alle gegenteiligen Beteuerungen gewinnen auch durch dauernde Wiederholung und apodiktische Verdrehung eines Bruno Friedrich -"innerhalb weniger Monate übertraf zahlenmässig und an politischer Bedeutung der SHB den SDS..." - nicht an Glaubwürdigkeit.

Durch den Unvereinbarkeitsbeschluss des Parteivorstandes der SPD wurde ein neuer Abschnitt in unserer Verbandgeschichte eingeleitet. Der Beschluss stellt uns vor eine Situation, die es erfordert, dass wir unsere Position klar erkennen, um daraus Ansatzpunkte für unsere zukünftige politische Praxis abzuleiten.

Auf der Delegiertenkonferenz wurde unser kritisches Verhältnis zu SPD deutlich, - zu der Partei, der wir trotz allem in der Mehrheit angehörten. Denn bei aller Skepsis gegenüber der Politik der SPD-Führung, die nach unserer Meinung durch ihre fast vollständige Identifizierung mit den derzeitigen politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen die Chance verspielt hatte, eine wirksame Oppositionspolitik zu betreiben, vergassen wir niemals den eigentlichen Gegner. Unsere politische Praxis wird nicht unwesentlich durch die Überzeugung bestimmt, dass die SPD die grösste oppositionelle Kraft im Parlament darstellt und im Bewusstsein vieler arbeitender Menschen - als ihre Interessenvertretung angesehen wird.

Besonders deutlich wurde unsere Kritik auf dem Gebiet der Aussenpolitik, wo die Vorstellungen der SPD aus den Jahren 1958/59 jetzt von der gesamten Presse und von namhaften Politikern des westlichen Auslandes diskutiert werden. Der amerikanische Präsident Kennedy sprach in seinem Buch "Der Weg zum Frieden" mit aller Klarheit aus:

> "Um eine atomare Katastrophe zu verhüten, bedarf es einer dramatischen Massnahme, die den Teufelskreis des Kalten Krieges unterbricht... In diesem Sinn müssen wir jetzt auf jedes nur mögliche praktische Abrüstungsabkommen drängen - als Mittel, die grossen politischen Teilungen (Deutschland, Korea, Vietnam, China) aus der unmittelbaren Randzone des Krieges zu entfernen."

Der Wahlausgang ist für die SPD trotz aller voreiligen Siegesfanfaren prinzipiell als Niederlage zu werten, da das erklärte Ziel - die Regierungsübernahme - nicht erreicht wurde. Diesem Ziel opferte die Parteiführung das politische Profil der SPD. Am deutlichsten wurde diese Tatsache, als die Vertreter der SPD im Bundesrat dem Bundesleistungsgesetz zustimmten, das entscheidende Passagen des Notstandsgesetzes vorwegnimmt.

Die grundsätzliche Programmatik und die Argumentation während des Wahlkampfes haben gezeigt, dass eine überwiegend auf Mittelstandsinteressen bezogene Konzeption vertreten wird. Die SPD wird beweisen müssen, ob sie noch bereit ist, die Interessen der Arbeitnehmer konsequent zu vertreten, wenn es gilt, dem ohne Zweifel von einer CDU-CSU/FDP - Koalition angestrebten Abbau (Koalitionsvertrag!) des sozialen Besitzstandes der Arbeitnehmer zu begegnen. (Wir müssen dabei beachten, dass bereits eine Stagnation des Realeinkommens einem Abbau gleichkommt.)

Es ist an dieser Stelle nicht möglich, die Kritik an der innerparteilichen Demokratie ausführlich und durch eine ins Einzelne gehende Analyse begründet darzulegen. Es ist aber offenkundig, dass die SPD einen entscheidenden Wandlungsprozess durchmacht.

Ein wichtiger Gesichtspunkt ist dabei die Strukturveränderung der Partei. Auf dem Jungsozialistenkongress am 18. und 19. November in Köln fand der daraus resultierende "neue Stil" wieder seinen Ausdruck, was von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung verständlicherweise lobend vermerkt wurde:

> "Es sieht so aus, als marschierten sie...an der Spitze jener, die aus der SPD eine Volkspartei nicht nach dem Muster der britischen Labour-Party sondern der amerikanischen Demokraten machen wollen..." (FAZ v. 21.11.1961)

Der Unvereinbarkeitsbeschluss zeigt aber, dass die SPD allen Beteuerungen - auch denen des Godesberger Programms - zuwider in diesem Sinne keine demokratische Partei ist und dass auf eine "Volkspartei" der formal gewordene Disziplinbegriff einer Klassenpartei aufgepfropft wird.

Diese Tendenz wird sich auch in Zukunft verstärkt durchsetzen. Im Zuge der Entwicklung der SPD von einer Mitgliederpartei zu einem Wahlverein wird man immer mehr davon Abstand nehmen, überhaupt noch in der Partei über politische Themen zu diskutieren. Die konsequente Durchführung des Unvereinbarkeitsbeschlusses bedeutet den Ausschluss von hunderten von Parteimitgliedern aus der SPD und ist ein weiterer Schritt in dieser Richtung. Der Parteivorstand wird auch in Zukunft gegen alle Gruppen mit einer unabhängigen Meinung vorgehen. Selbst das Recht von Einzelmitgliedern, in den Gliederungen der Partei Kritik zu üben, wird in Zukunft noch weiter eingeschränkt werden.

Unsere Entscheidung, auch nach dem Unvereinbarkeitsbeschluß die Arbeit im SDS und in der Förderergesellschaft fortzusetzen, ist durch die Erkenntnis bedingt, daß ein erfolgreicher Kampf der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik gegen alle Tendenzen zum Abbau der parlamentarischen Demokratie, die eine Voraussetzung für den Kampf um eine sozialistische Gesellschaft ist, nur dann geführt werden kann, wenn entschiedener Widerstand gegen die bürokratische Verfestigung und gegen den Abbau der inneren Demokratie dieser Bewegung geleistet wird.

Gerade als demokratische Sozialisten sind wir verpflichtet, eine Frontstellung gegen den Abbau der innerparteilichen Demokratie zu beziehen.

Die freie Diskussion ist, wie der Unvereinbarkeitsbeschluss zeigt, heute in der SPD nicht mehr möglich. Der Angestellte des Parteivorstandes Bruno Friedrich formuliert im SPD-Pressedienst vom 9.11.1961 ("Eine grundsätzliche Entscheidung"): "...Deshalb ist es für die SPD nicht nur legitim sondern notwendig, einmal festzustellen, in welchen Fragen eine innerparteiliche Opposition berechtigt ist..." (Allzu bezeichnend ist die Identifizierung des Parteivorstandes mit der Gesamtpartei.) Der Vorstand einer Partei von fast 700 000 Mitgliedern nimmt also das Recht für sich in Anspruch zu bestimmen, über welche Fragen diskutiert werden darf. Wir bestreiten dem Parteivorstand nicht das Recht, nach eingehender Prüfung gegen Mitglieder vorzugehen, die keine Anhänger des freiheitlich demokratischen Sozialismus sind. Dass aber "von oben" bestimmt wird, über welche Wesensfragen dieses Begriffes diskutiert werden darf, zeigt den endgültigen Abschluss eines Abschnittes der Parteigeschichte an, in dem eine offene und freie Diskussion die Hauptstärke der SPD ausmachte.

Dieser Sachverhalt darf uns aber nicht daran hindern, die sozialistische Theorie in ständiger Diskussion und anhand praktischer Erprobung weiter zu entwickeln. Die deutschen Sozialisten haben aufgrund ihrer Erfahrungen, die sie in der Bundesrepublik als dem am weitesten entwickelten kapitalistischen Land Europas (mit der Verschleierung der politischen Fronten durch Volksaktie, Gewinnbeteiligung etc.) und in ihrer Auseinandersetzung mit der Pervertierung des Sozialismus in der DDR sammeln, die Aufgabe, für die Theorie der internationalen Arbeiterbewegung einen wichtigen Beitrag zu leisten.

Hier liegt eine der Aufgaben der "Neuen Linken", zu der sich SDS und Förderergesellschaft zählen. Dieser Begriff ist inzwischen mit Mystizismen der mannigfaltigsten Art angereichert, die seinen Inhalt verschleiern oder böswillig verzerren, wie es Friedrich in seinem Artikel versucht. Man muss aber zugestehen, dass es einem im bürokratischen Denken befangenen Menschen nicht leicht fällt, sich eine politische Kraft vorzustellen, die ohne eine genaue Bezeichnung, ohne Parteistatut, ohne Ausschlussordnung und ohne Vereinsabzeichen wirksam wird.

Die Erscheinungsformen der "Neuen Linken" sind in allen westeuropäischen Ländern, je nach den gesellschaftlichen Verhältnissen und der Struktur der dortigen Arbeiterbewegung, unterschiedlich. Gemeinsam grenzen sie sich klar und unmissverständlich gegen den "Sozialismus" volksdemokratischer Prägung ab, führen jedoch die Auseinandersetzung mit Argumenten, die nicht dem Arsenal der üblichen Antikommunismus-Hysterie entlehnt sind.

Andererseits bekämpft die "Neue Linke" Tendenzen, die in allen sozialdemokratischen Parteien Westeuropas an Gewicht gewinnen, wie die Bürokratisierung und die fortschreitende Identifizierung mit den herrschenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen. Sie hat sich das Ziel gesetzt, die nach wie vor bestehenden gesellschaft-

lichen Fronten aufzuzeigen und sich jeder Verschleierung zu widersetzen.

Im Unterschied zu der alten Linken sind wir der Auffassung, dass es zur Erfüllung dieser Aufgaben keiner neuen Partei bedarf, zumal unter den heutigen Verhältnissen jeder Glaube an die "Wunderkraft" einer Organisation verfehlt wäre. Hinzu kommt die Situation in der Bundesrepublik, die es notwendig macht, dass die Arbeitnehmerorganisation vereint handeln. Die Situation der dreissiger Jahre, in der sowohl die Gewerkschaften als auch die Arbeiterparteien sich gegenseitig bekämpften und darauf einen grossen Teil ihrer Kraft verwandten, die eigentlich gegen einen anderen Gegner hätte eingesetzt werden müssen, darf sich nicht wiederholen.

Die "Neue Linke" muss ihre ganze Kraft einsetzen, um die bestehenden Organisationen der Arbeiterbewegung für den Kampf um die Erhaltung der parlamentarischen Demokratie zu gewinnen.

Es wird auch an uns liegen, ob es gelingt, aus SDS und Förderergesellschaft im Rahmen der "Neuen Linken" ein theoretisches Zentrum zu schaffen, das einen Beitrag für eine neue wirksame Praxis der Arbeiterbewegung zu leisten vermag.

"Wir haben immer betont, dass wir uns als einen Teil der internationalen Arbeiterbewegung betrachten, der an der Verwirklichung sozialistischer Forderungen mitwirken will. Das heisst für uns, dass wir an der "konkreten Utopie" festhalten, wie Ernst Bloch sie geprägt hat; an dem Ziel einer geeinten demokratischen Gesellschaft, in der die Menschen von privatwirtschaftlicher und bürokratischer Verfügung und Verplanung befreit sind. ... Wir müssen einen Weg finden, die veränderte gesellschaftliche Wirklichkeit in unsere politische Konzeption aufzunehmen, ohne der Illusion einer krisenfesten und harmonischen Entwicklung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zu verfallen. In diesem Sinne fühlen wir uns der Bewegung zugehörig, die in England unter dem Namen "New Left" und in Frankreich als "Nouvelle Gauche" entstanden ist. Diese "Neue Linke", die sich heute in den westeuropäischen Ländern herausbildet, ist als selbständige Organisation nicht zu bestimmen./

Sie ist in den Organisationen der Arbeiterbewegung, unter Akademikern und Studenten zu finden. Es ist deshalb gerechtfertigt, wenn wir sagen, dass auch der SDS zu dieser "Neuen Linken" gehört. Wir knüpfen an die große Tradition der sozialistischen Bewegung an und wenden uns gegen dogmatische Formeln, die als verbindliche Theorie der Gesellschaft ausgegeben werden.

Wir erkennen die Schwierigkeiten, denen die Organisationen der Arbeiterbewegung Westdeutschlands heute ausgesetzt sind: aber wir sehen auch die Gegenkräfte, die sie überwinden können, und sind überzeugt, dass in der Arbeiterbewegung erneut der Wille wachsen wird, für die sozialistische Alternative zur bestehenden Gesellschaftsordnung zu kämpfen. "

(Aus dem Referat von Michael Schumann auf der 16. DK)

ZUR 16. DELEGIERTENKONFERENZ DES SDS

Wer heute über "den" SDS spricht, stützt sich gern auf private Äusserungen einzelner Mitglieder, auf abgehorchte Gesprächsfetzen oder einfach auf Vorurteile. Diese Art, eine politische Organisation zu betrachten, ist ohne Beispiel. Beschlüsse und Willensbildungen der SDS-Gremien werden dabei zu bloßem "Spielmaterial", das man nach Belieben auseinandernehmen und zusammenbauen kann. Als nach der sechzehnten ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS pünktlich die Verfälschung ihrer Beschlüsse einsetzte, beschwerte sich der Bundesvorstand des SDS in einem Brief an eine westdeutsche Tageszeitung über diese "Berichterstattung". Darauf antwortete der Chefredakteur, ein gewisser Johannes Groß:

"Als was der SDS seine eigenen Erklärungen betrachtet wissen will, ist völlig unmaßgeblich."

Hier sei der Verlauf der Delegiertenkonferenz so genau festgehalten, wie das auf wenigen Seiten möglich ist.

Zum zweiten Mal in der Geschichte des SDS mussten die örtlichen Gruppen das Fahrgeld für ihre Delegierten selbst zahlen. Einzelne Delegierte haben aus diesem Grund auf die Teilnahme verzichten müssen.

In der heutigen Situation des SDS sind bereits ungewöhnliche Anstrengungen dafür nötig, eine demokratische Willensbildung im Verband überhaupt technisch zu ermöglichen. An dieser Stelle sei deutlich gesagt, dass eine Delegiertenkonferenz eine so erhebliche finanzielle Belastung für den gesamten SDS ist, dass auch künftig nur ebenso erhebliche politische Vorarbeiten diese Belastung rechtfertigen.

Die jetzt abgeschlossene Delegiertenkonferenz war bedeutungsvoll, weil sie

- dem Rückblick auf immerhin fünfzehn Jahre sozialistischer Studentenarbeit nach 1945
- der Rechenschaft über das bisher wohl schwierigste Jahr im SDS
- der Bekundung internationaler Solidarität mit dem SDS
- der Vorlage der Denkschrift "Hochschule in der Demokratie" und
- der Situationsbestimmung in der Bundesrepublik

diente. Dazu gehörten die entsprechenden organisatorischen Konsequenzen. Hier ist die Gründung der SDS-Förderergesellschaft hervorzuheben.

Der SDS wurde nach dem Zusammenbruch wiedergegründet, bevor sich politische Studentenverbände, die den neuen bürgerlichen Parteien ideologisch entsprechen, bildeten. Die sozialistischen Studenten nahmen ihre Arbeit an den Universitäten auf, lange bevor hochschulfremde Altherrenriegen ihren erpresserischen Einfluss auf die Formen studentischen Gemeinschaftslebens erneut auszuüben vermochten. Michael Schumann, der bisherige Bundesvorsitzende des SDS, skizzierte die Bemühungen um eine demokratische Hochschule und zitierte mit Genugtuung einige Absätze aus jenem Referat, das Dr. Kurt Schumacher anläßlich der Gründung des SDS

1946 gehalten hatte. Es hört sich wie ein Ratschlag an die sozialistischen Studenten in ihrer jetzigen Situation an, wenn Schumacher sagte, dass "niemals durch die taktische Schlauheit die innere und äussere Freiheit des Menschen verteidigt werden kann. Klugsein heisst auch Mutigsein..."

Zahlreiche Professoren in der Bundesrepublik und in Westberlin lassen sich durch keine McCarthy-Propaganda in ihrer Solidarität mit den sozialistischen Studenten beirren. Diese Solidarität, die sich in Grußworten zur Delegiertenkonferenz und im Referat von Prof.Flechtheim (FU Berlin) äusserte, wurde inzwischen besonders auf die Probe gestellt.

Daß es bisher nicht gelungen ist, den SDS innerhalb der Studentenschaft zu isolieren, zeigten die Grussadressen des Verbandes Deutscher Studentenschaften, des liberalen und des christlich-demokratischen Studentenverbandes, des ISSF und der Evangelischen Studentengemeinde. Die Funktion des SDS aber, ein kritisches Bewusstsein unter Arbeitnehmern bilden zu helfen, wurde entscheidend unterstrichen durch die Grussworte aus gewerkschaftlichem Bereich und die Anwesenheit offizieller Vertreter der Industriegewerkschaft Metall und der IG Chemie.

Das internationale Ansehen des SDS im blockfreien und im westlichen Ausland ist überraschend schnell gewachsen. Die sozialistischen Studenten in der Bundesrepublik können heute sicher sein, dass ihre Arbeit und die Schwierigkeiten, die ihnen gemacht werden, im Ausland auf Interesse stoßen. Dieses Interesse hat seine Ursache allerdings in den Hoffnungen, die in den SDS als ein Zentrum des Widerstands gegen die antidemokratischen Tendenzen gesetzt werden. Sozialistische Studenten und Jugendorganisationen aus Belgien, Holland, Dänemark, Norwegen, England, Frankreich, Österreich, Italien, Jugoslawien, Kanada und USA und Freunde aus Angola, Guinea und Portugal begrüßten die Delegiertenkonferenz des SDS.

Prominentester ausländischer Gast war zweifellos Lelio Basso, Mitglied des Direktoriums der Sozialistischen Partei Italiens (Nenni), aus dessen eindringlichem Referat wir leider nur kurze Zitate in diesem Heft wiedergeben können.

Michael Schumann rief in seinem Rechenschaftsbericht einen Beschluss von 1947 wieder ins Gedächtnis: "Der SDS ist keine Organisation einer politischen Partei. Jede Vollversammlung hat aufs Neue zu beschließen, welche Parteien in ihrer politischen Praxis und in ihrem Programm einen freiheitlichen demokratischen Sozialismus vertreten."

Seit der Distanzierung der SPD vom SDS im Juli 1960 musste der SDS seine Arbeit als unabhängiger Verband im Sinne dieses Beschlusses von 1947 fortführen, und Schumann bezeichnete dieses Experiment als bisher gelungen. Sein umfangreicher Bericht zur Situation im zurückliegenden Vorstandsjahr bewies es. Zur Bestimmung der politischen Aufgaben gab Schumann eine Analyse der bundesrepublikanischen Entwicklung, wobei die Gefahr der Notstandsgesetzgebung und die Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit in der Verteidigung demokratischer Strukturen hervortraten. Über die "Neue Linke" Westeuropas sagte er, sie sei als selbständige Organisation nicht zu bestimmen, sondern sei in den Organisationen der Arbeiterbewegung zu finden, und in diesem Sinne gehöre der SDS zur "Neuen Linken": "Wir knüpfen an die

große Tradition der sozialistischen Bewegung an und wenden uns gegen dogmatische Formeln, die als verbindliche Theorie der Gesellschaft ausgegeben werden".

Die politische Diskussion auf dieser Delegiertenkonferenz knüpfte an beim Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes und leitete über zur Beschlussfassung über die Anträge, deren wichtigste hier weitgehend zitiert sind.

Das ganz offenkundig schlechte Abschneiden jener Minderheit, die mit der im Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes und in den Beschlüssen hervorgetretenen Konzeption prinzipiell nicht übereinstimmte, mag seinen Grund in der Desorientierung dieser Minderheit haben. Das nach der Delegiertenkonferenz flugs wieder strapazierte Märchen von der Gängelung der Konferenzteilnehmer durch Bundesvorstand und Präsidium hilft dieser Minderheit jedenfalls auch nicht dabei, eine dem sozialistischen Studentenbund entsprechende politische Aufgabenstellung herauszuarbeiten. Es wäre zweifellos besser um die deutsche Arbeiterbewegung bestellt, wenn auf allen ihren Kongressen eine so spontane Diskussion möglich wäre, wie beim SDS.

Wieviel Einfallslosigkeit gehört dazu, die Meinungsbildung im SDS unverändert als Ergebnis von Tricks und Täuschungen hinzustellen, wie es immer schon gewisse Sozialdemokraten getan haben und wie es die Mitarbeiter der "Sozialistischen Jugend-Korrespondenz" in Hamburg beharrlich tun?

Wer überall das Wirken einzelner "böser" Cliquen statt objektiver Notwendigkeiten sieht, wer zu bürokratischen Methoden der Manipulation von Menschen greift oder solche Methoden gutheisst, statt auf die Kraft historisch richtiger Konzeptionen und konkreter Argumente zu vertrauen, der vermag eben auch die Situation in einem sozialistischen Studentenverband nicht mehr zu beurteilen. Die Konzeption, die heute das Wirken des SDS bestimmt, ist nicht das Werk einzelner Opportunisten und Verschwörer, wie uns eine interessierte Propaganda glauben machen will. Diese Konzeption ist entstanden aus jahrelangen ernsthaften theoretischen Auseinandersetzungen wie aus der politischen Praxis des Verbandes. Sie hat sich auf zahllosen Seminaren und Diskussionsabenden und aus den Aktionen und Entscheidungen des SDS gebildet und ist nicht das Ergebnis kurzatmiger Manipulationen. Diese Konzeption prägte auch den Verlauf der 16. Delegiertenkonferenz.

Heinz G r o s s m a n n

E I N I G E R E S O L U T I O N E N
D E R 1 6 . D E L E G I E R T E N K O N F E R E N Z

F ü r F r e i h e i t W e s t b e r l i n s

Die von Ost und West betriebene Deutschlandpolitik hat eine Situation geschaffen, in der eine Wiedervereinigung heute unmöglich erscheint. Besonders nach der einseitigen Abriegelung Westberlins durch die Regierung der DDR stellt sich nunmehr vordringlich die Aufgabe, den Frieden und die Freiheit dieser Stadt zu sichern. Erst die Bewältigung dieser Aufgabe eröffnet möglicherweise eine neue Perspektive für eine Entspannung in Mitteleuropa und für eine Lösung der deutschen Frage in späterer Zeit.

Heute garantieren letztlich nicht mehr rechtliche Vereinbarungen den augenblicklichen Status Westberlins, sondern der Wille der Westmächte, diesen Status notfalls mit militärischen Mitteln aufrecht zu erhalten.

Nach dem 13. August hat Westberlin seine Funktion der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Einwirkung auf die DDR weitgehend verloren. Für den Westen und die Westberliner kommt es jetzt darauf an, die folgenden Grundinteressen zu wahren:

1. Die Erhaltung der politischen Freiheit der Westberliner Bevölkerung;
2. Die Anwesenheit von Garantietruppen in Westberlin;
3. Die Freiheit der Zufahrtswege von und nach Westberlin;
4. Die Sicherung seiner wirtschaftlichen Existenzgrundlage.

Zu diesen Grundinteressen zählen nicht unbedingt:

1. Die weitere politisch-propagandistische Einwirkung vom Gebiet Westberlins aus auf die Bevölkerung der DDR;
2. Die staatsrechtliche Integration Westberlins in die Bundesrepublik.

Der Ostblock und insbesondere die DDR machen ihrerseits folgende Grundforderungen geltend:

1. Die Anerkennung der DDR;
2. Die Neutralisierung Westberlins in der Ost-West-Auseinandersetzung.

Diese auf beiden Seiten bestehenden Grundinteressen sind miteinander vereinbar und könnten durch einen neu festgelegten Status Westberlins garantiert werden. Hierbei ergibt sich in der gegenwärtigen Weltsituation folgende Möglichkeit:

Noch vor den zu erwartenden Verhandlungen über einen Separatfriedensvertrag zwischen dem Ostblock und der DDR vereinbaren die Westmächte mit der Sowjetunion, dass auch weiterhin die Freiheit der Westberliner Bevölkerung, die freie Zufahrt von und nach Westberlin und die Anwesenheit von Garantietruppen in Westberlin gesichert blei-

ben, während sich der Westen andererseits verpflichtet, die DDR zumindest de facto anzuerkennen und Westberlin nicht mehr als Basis der propagandistischen Einwirkung auf die DDR zu benutzen. Wenn sich die Politik der Westmächte allerdings ausschliesslich darauf konzentrieren wird, den augenblicklichen Zustand mit den Mitteln der militärischen Drohung aufrechtzuerhalten, so bleibt Berlin weiterhin eine ständige Gefahrenquelle für den Weltfrieden. Zudem würde der Westen auch auf diese Weise nicht verhindern können, dass der Ostblock - aufgrund seiner geographischen Position im Vorteil - durch ständige kleinere Behinderung des Verkehrs von und nach Westberlin die Basis der Westmächte in Westberlin aushöhlt und damit auch die politische Entscheidungsfreiheit und die augenblickliche Lebensform der Westberliner Bevölkerung beseitigt.

Schliesslich würde eine permanente Berlinkrise die Bevölkerung der Bundesrepublik in ständiger Unruhe halten. Dabei würde das Gefühl der Ohnmacht und der Abhängigkeit von den jeweiligen politischen Massnahmen des Ostblocks wachsen. Dies kann wesentliche Bevölkerungsteile und Gruppierungen zur Befürwortung einer extrem nationalistischen und antidemokratischen Politik treiben, die bei einer fortdauernden östlichen Politik der Nadelstiche ihr Ventil in der Forderung nach Krieg finden könnte.

Der SDS unterstützt alle Kräfte, die sich in gleicher Weise für eine Lösung der Westberlinfrage einsetzen.

Gegen Wiederaufnahme von Atomtests

Die Sowjetunion begann am 31. August 1961 in einer Zeit weltweiter Krisen eine Serie neuer Atomwaffenversuche. Dieser Schritt muß bei allen, die sich für Abrüstung und Entspannung eingesetzt haben, Bestürzung hervorrufen.

Es ist umso unverständlicher, als die Welt weiß, daß vor 3 Jahren aufgrund der sowjetischen Initiative auch die Vereinigten Staaten und Großbritannien ihre Tests einstellten.

Die Wiederaufnahme der Atomwaffenversuche bedeutet eine zusätzliche Erhöhung der Kriegsgefahr. Sie widerspricht der von der Sowjetunion selbst verkündeten Politik der friedlichen Koexistenz und ist geeignet, jede Entspannungspolitik in der nächsten Zeit zu erschweren. Neue sowjetische und westliche Atomversuche sind zudem eine ernste Bedrohung der Bevölkerung aller Länder durch radioaktive Verseuchung.

Der SDS hat mit aller Schärfe gegen die französischen Atomwaffenversuche in der Sahara protestiert. Mit dergleichen Entschiedenheit verurteilt er die neuen sowjetischen Versuche.

B u n d e s r e g i e r u n g v e r s c h ä r f t d i e L a g e

Der SDS bedauert, daß die Bundesregierung durch die Forderung nach Atomwaffen und die Verlängerung der Wehrdienstzeit die internationale Lage verschärft, statt Vorschläge für eine allgemeine kontrollierte Abrüstung zu unterbreiten.

V ö l k e r m o r d i n A n g o l a m i t N A T O - W a f f e n

Die Delegiertenkonferenz protestiert gegen die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland als Mitgliedstaat der NATO am Völkermord in Algerien und Angola. Es sind Soldaten der NATO, die mit unbeschreiblichen Grausamkeiten die Freiheitsbewegungen dieser Völker unterdrücken. Waffen, Flugzeuge und Napalmbomben, mit denen die portugiesische Armee die Zahl der angolesischen Patrioten dezimiert, sind aus den NATO-Waffenlagern in Portugal und von deutschen Fabriken der Interarmco geliefert worden.

Darüberhinaus wird die Verantwortung der Bundesrepublik am Mord von mehr als 5o ooo Angolesen erhöht durch den Kredit von 5o Millionen DM, die von der Bundesregierung dem Regime Salazars gewährt werden.

Während die Unabhängigkeit Algeriens schon abzusehen ist, so droht die Unabhängigkeit Angolas in einem vollständigen Völkermord unterzugehen, weil die kapitalistischen Staaten aktiv an der Unterdrückung beteiligt sind. Wer mit den Angolesen kämpfen will, muß zuerst die NATO angreifen. Die belgischen Genossen von den Jeunes Gardes Socialistes haben uns das Beispiel gegeben.

Wenn wir uns darauf beschränken, die Unabhängigkeit Angolas nur zu wünschen, ohne den Austritt Deutschlands aus der NATO zu fordern, oder zumindest den Ausschluß Portugals aus der NATO, machen wir uns in gleicher Weise schuldig am Sterben des angolesischen Volkes.

Mit diesen Forderungen erklärt der SDS seine Solidarität mit der angolesischen Freiheitsbewegung.

F r e i h e i t f ü r H e i n z B r a n d t !

Der SDS protestiert gegen die Verhaftung von Heinz Brandt durch Behörden der DDR und fordert seine sofortige Freilassung.

Der Bundesvorstand des SDS schließt sich der Bitte der Ehefrau von Heinz Brandt an, zu Weihnachten eine Briefaktion für ihren Mann durchzuführen.

Der Bundesvorstand fordert alle Mitglieder und Freunde des SDS auf, unserem Genossen und Kollegen Heinz Brandt, dem seit dem 16. Juni 1961 in Ulbrichts Kerkern inhaftierten Redakteur der Zeitschrift METALL, Karten zu schicken.

Wem auch immer diese Karten in die Hände fallen mögen, sie dienen der Freiheit für Heinz Brandt und sind ein Teil unseres Kampfes für Gerechtigkeit, Freiheit und Humanität, wo immer das Unrecht, der Terror und die Barbarei herrschen.

Anschrift für die Weihnachtsgrüße:

Heinz B r a n d t
Ministerium für Staatssicherheit
Berlin, Normannenstr. 22.

T e l e g r a m m a n d e n
S t a a t s p r ä s i d e n t e n d e r C S R , Z a p o t o c k i

Die 16. Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes bittet Eure Exzellenz um die Begnadigung des westdeutschen Studenten Dieter Koniecki. Sie wäre ein wichtiger Schritt für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den tschechoslowakischen und deutschen Studenten.

W A H L E N D E R 1 6 . D E L E G I E R T E N K O N F E R E N Z

B u n d e s v o r s t a n d :

Eberhard Dähne (1.Vors.), Frankfurt a.M., Ginnheimer Landstraße 40

Eberhard Dähne schloss nach dem Abitur eine landwirtschaftliche Lehre ab und studiert an der Universität Kiel im 6.Semester Landwirtschaft und Volkswirtschaft. Sein Alter: 23 Jahre.

Peter Brokmeier (2.Vors.), Frankfurt a.M., c/o Ginnheimer Landstr.40

Peter Brokmeier absolvierte in Saarbrücken das Abitur und hat eine abgeschlossene Ausbildung als Buchhändler. Gegenwärtig studiert er in Frankfurt im 4. Semester Germanistik. Sein Alter: 26 Jahre.

Dietrich Staritz (Beirat), Berlin-Frohnau, Ludolfingerweg 21
Mathias Manz (Beirat), München 23, Fendstraße 6
Diethard Kars (Beirat), Göttingen, Schiefer Weg 16 a

Der BV berief für die einzelnen Geschäftsbereiche folgende Referenten:

Finanzen: Helmut Generotzky, Frankfurt a.M.
Presse: Hellmut Lessing, Frankfurt a.M.
Hochschule: N.N.
Ausland: Hannes Friedrich, Frankfurt a.M.
(Afrika: Irmgard Bolle, Tübingen; Nord- und Südamerika: Michael Vester, z.Zt.Brunswick/Maine/USA; England: Wolfgang Nitsch, z.Zt.London; Spanien und Portugal: Joaquim da Silveira, z.Zt.Frankfurt a.M.)
neue kritik: Manfred Liebel, Offenbach a.M.
Seminare: N.N.
NS-Justiz: Reinhard M. Strecker, Berlin

S c h i e d s g e r i c h t :

Thomas von der Vring, Frankfurt a.M., Beethovenplatz 4
Erik Nohara, Berlin W 30, Prager Str. 2 a
Horst Kern, Berlin

Das Sekretariat der SOZIALISTISCHEN FÖRDERER-GESELLSCHAFT DER FREUNDE, FÖRDERER UND EHEMALIGEN MITGLIEDER DES SOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN STUDENTENBUNDES befindet sich bei Heinz Brakemeier, Frankfurt a.M. W.13, Schloßstraße 22. - Aufnahmeanträge bitten wir an diese Anschrift zu richten. Spenden bitten wir auf das Postscheckkonto der Förderer-Gesellschaft 133489 PschA.Ffm. (H. Brakemeier) zu überweisen.

ZUR ARBEIT DES SDS

Die Entwicklungstendenzen unserer Gesellschaft zeichnen sich auch in unserem eigenen Wirkungsbereich, an den Hochschulen, deutlich ab.

Die studentischen Selbstverwaltungen werden immer mehr zu institutionellen Einrichtungen, die ihres ursprünglichen Charakters als gewählte Mitbestimmungsorgane der Studentenschaft entkleidet werden. Die Untersuchung "Student und Politik" hat die geringe innere Beziehung vieler Studenten zur Demokratie nachgewiesen; sie zeigt jedem politisch Denkenden, warum die Korporationen einen immer grösseren Einfluß gewinnen oder wie der Jubel um einen William Schlamm zu erklären ist. Für uns ergibt sich die Aufgabe, mit allen Kräften dieser verhängnisvollen Entwicklung entgegenzuwirken. Wir müssen uns noch stärker als bisher aktiv in die Hochschulpolitik einschalten.

Unsere anläßlich der Delegiertenkonferenz vorgelegte Denkschrift

"Hochschule in der Demokratie"

gibt für unsere hochschulpolitische Arbeit wertvolle Anregungen und weist auf die engen Beziehungen hin, die zwischen Hochschule und gesamtgesellschaftlichem Raum bestehen. Das positive Echo, das die Denkschrift auch außerhalb unseres Verbandes gefunden hat, beweist, daß die Möglichkeit zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit anderen Studentenverbänden, die wie wir für eine Demokratisierung der Hochschule eintreten, vorhanden ist. Die hochschulpolitische Arbeit des nächsten Jahres hat als Hauptziel die Propagierung unserer Hochschul-Denkschrift zum Inhalt, was in Arbeitskreisen, auf Diskussionsabenden mit Vertretern anderer Organisationen und durch Besprechungen in Studentenzeitungen erreicht werden kann.

Ein weiterer wichtiger Punkt, auf den sich unsere Arbeit konzentrieren muß, ist die Aufklärung der Studentenschaft über unsere innen- und aussenpolitische Situation. Gerade die Vorgänge des 13. August, die das völlige Scheitern der bisherigen aussenpolitischen Konzeption der Bundesregierung offenbarten, bieten dafür einen günstigen Ansatzpunkt, der von uns ausgenutzt werden muß. Es gilt, das bei vielen Studenten vorhandene unreflektierte Unbehagen ins Bewußtsein zu heben und in politische Aktivität umzuleiten. Wir haben uns in den vergangenen Jahren durch unsere Beschäftigung mit diesem gesamten Problemkreis einen nicht zu geringen Bestand an Tatsachenwissen angeeignet und vertreten sowohl in unserem Aktionsprogramm als auch in unseren entsprechenden DK - Resolutionen präzise und durchdachte Forderungen, die in der Studentenschaft Resonanz finden können. Allerdings kann eine Agitation für unsere aussenpolitischen Vorstellungen nur dann auf die Dauer erfolgreich sein, wenn es uns gelingt, sie zu unseren innenpolitischen Verhältnissen in Beziehung zu setzen. Diese Arbeit muß von uns im Rahmen von Podiumsdiskussionen und in Gesprächen mit Vertretern anderer Studentenverbände geleistet werden. Der SDS braucht eine Auseinandersetzung nicht zu fürchten

und kann in der Diskussion seine Vorstellungen präzisieren und vervollständigen. Für uns kommt es darauf an, darzulegen, daß es wenig sinnvoll ist, über die gewiß schreckliche Tatsache der "Mauer" zu lamentieren, ohne sich darüber Gedanken zu machen, wie die Lage der Bewohner in der DDR - etwa durch Schaffung "polnischer Zustände", wie Golo Mann sie gefordert hat - effektiv gebessert werden kann.

In den gleichen Zusammenhang kann auch die Frage des Kolonialismus gestellt werden. Neben unserer prinzipiellen Ablehnung des Kolonialismus und Imperialismus müssen wir klar machen, daß die Forderung nach dem "Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen" solange eine hohle Phrase bleibt, wie die Bundesrepublik durch ihre Mitgliedschaft in der NATO und durch Hilfeleistungen an kriegführende Staaten wie Frankreich und Portugal den militanten Kolonialismus offen unterstützt. Eine Möglichkeit, diesen Zusammenhang aufzuzeigen, bietet unsere Afrika-Aktion Anfang Dezember, die von den meisten Gruppen vorbereitet wird - nicht zuletzt auch deshalb, weil auf diese Art und Weise die Zusammenarbeit mit unseren afroasiatischen Kommilitonen ausgeweitet und gefestigt werden kann.

Grundbedingung für jede erfolgreiche politische Praxis ist und bleibt die theoretische Arbeit. Auch in den Gruppen, in denen sie bisher nicht oder nur in beschränktem Umfang möglich war, muß versucht werden, theoretische Arbeitskreise durchzuführen. Die Arbeitskreise haben besonders im Hinblick auf die von uns zu erarbeitenden neuen "Grundsätze und Ziele" eine große Bedeutung. Der SDS kann sich dabei auch auf die Förderergesellschaft stützen, woraus die Forderung abzuleiten ist, daß unsere Freunde und Förderer, die am oder in der Nähe des Hochschulortes wohnen, zu der Arbeit der Gruppe hinzugezogen werden. Neben unseren bereits vorhandenen persönlichen Kontakten ist es uns besonders über die Förderergesellschaft möglich, unsere Beziehungen zu den anderen Organisationen der Arbeiterbewegung trotz des Unvereinbarkeitsbeschlusses weiter auszubauen, - mit dem Ziel, gemeinsam die Rolle eines theoretischen Zentrums der "Neuen Linken" auszufüllen.

Eberhard D ä h n e

==========

C O L L E G I U M P O L I T I C U M

An einigen Hochschulen konnte man am Anfang des Wintersemesters eine politische Gruppierung unter dem Namen "Collegium Politicum" beobachten. Sie tritt mit Filmveranstaltungen (über die "Mauer") und Vorträgen an die Öffentlichkeit und bemüht sich um Zulassung an den Hochschulen. Initiator dieser Gruppierung ist Werner Sticken, der in diesen Veranstaltungen auch als Referent auftrat. Werner Sticken versuchte früher als kommunistischer Agent den "Fränkischen Kreis", den Demokratischen Kulturbund und andere Organisationen im östlichen Sinne zu lenken. Einen Erfahrungsbericht über diese Tätigkeit legte er in dem im Winter 1959/60 unter dem Pseudonym "Richter" erschienenen Buch "Die trojanische Herde" vor, das seinerzeit kostenlos analle Hochschullehrer versandt wurde, die in der Atom-Aktion hervorgetreten waren. In der politischen Praxis scheint dieses "Collegium" das Komitee "Rettet die Freiheit" noch übertrumpfen zu wollen: in Münster verdächtigte Sticken 39 dortige Professoren des Kommunismus oder Prokommunismus. - Das Beispiel zeigt, daß politische Kreise in der Bundesrepublik kommunistische Methoden übernehmen und es dabei sogar notwendig haben, sich "erfahrener" Praktiker zu bedienen.

J.S.

DAS RINGEN UM DIE VERTEIDIGUNG DES GRUNDGESETZES

Wolfgang Abendroth

Auf ihrer Gründungskonferenz am 8. Oktober 1961 in Frankfurt am Main wählte die Sozialistische Förderer-Gesellschaft der Freunde, Förderer und ehemaligen Mitglieder des SDS Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Marburg, zu ihrem ersten Vorsitzenden. Für das Novemberheft der neuen kritik schickt uns Prof. Abendroth den folgenden Beitrag.

Die Umgestaltung der bestehenden oligopol-kapitalistischen Klassengesellschaft in eine humane sozialistische Wirtschafts- und Kulturgesellschaft kann in einem hochindustriell-entwickelten Land nur unter den Bedingungen einer politischen Demokratie mit rechtsstaatlichen Formen sichergestellt werden, wenn nicht politische oder ökonomische Katastrophen, die die Existenz eines jeden bedrohen, zu anderen Wegen zwingen. Deshalb ist die Arbeiterbewegung seit dem Beginn ihrer Existenz für die Demokratie eingetreten.

Nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur schien in Deutschland der demokratische und rechtsstaatliche Ausbau der politischen Ordnung zunächst gesichert zu sein. In der Periode der Entstehung der Landesverfassungen in der amerikanischen und französischen Besatzungszone, aber auch noch bei der Formulierung der nordrhein-westfälischen Verfassung (Art. 27) war es darüber hinaus die gemeinsame Uberzeugung der Verfassungsgebenden Versammlungen, dass nach den Erfahrungen mit der Umformung der Weimarer Republik in eine zunächst obrigkeitsstaatliche, dann totalitäre Diktatur Sorge getragen werden müsse, dass die Demokratie gegen die Macht oligopol-kapitalistischer Wirtschaftszentren geschützt und deren Vergesellschaftung ermöglicht werde. Obwohl angesichts des beginnenden kalten Krieges dieses Selbstverständnis der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes zur Zeit der Entstehung des Grundgesetzes bereits zu verblassen begann, hat auch das Grundgesetz in den Art.2o Abs.1, 9 Abs.3 und 15 diese Grundüberlegung festgehalten.

Das Bekenntnis des Grundgesetzes zur nationalen Einheit des deutschen Volkes in der Präambel und in Art.146 stand noch unter dem Vorzeichen der in der Gegenwehr der Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder gegen die westalliierten Zumutungen, einen nur westdeutschen Staat zu errichten, verdeutlichten Erkenntnis, dass eine auf die Einheit des deutschen Volkes gerichtete Politik für sein demokratisches Selbstbewusstsein erforderlich sei und dass die unkritische Identifizierung mit nur einer Gruppe der Siegermächte gegen die andere Siegermacht diese Zielsetzung ausschliesse.

Der systematische Ausbau der Grundrechte zum Schutz gegen jede Beschränkung freier demokratischer Willensbildung im Grundgesetz zeigte den Willen, das deutsche Volk stärker als in der Weimarer Verfassung gegen die drohende Macht staatlicher Apparate abzuschirmen. Die stärkere Durchformung der sozialen Grundrechte schien in einer Übergangssituation, für die das Grundgesetz zunächst allein berechnet war (Art. 146) nicht unbedingt dringlich zu sein, in der der Konzentrationsprozess in der Wirtschaft nach den Dekartellisierungsmassnahmen der Alliierten stark zurückgedrängt war.

Die Zuspitzung des kalten Krieges auf deutschem Boden hat alle diese politischen Voraussetzungen des Grundgesetzes verschoben: Im Zeichen des Wirtschaftswunders, das sich zunächst auf der Basis des Nachholbedarfs der zerstörten Wirtschaft entfalten und dann mit dem Hintergrund der Weltrüstungskonjunktur und der dadurch bewirkten Exportchancen ausbauen konnte, hat die Machtkonzentration in der Wirtschaftsgesellschaft längst das Ausmaß übertroffen, das sie zur Zeit des Endes der Weimarer Republik und des Dritten Reiches erreicht hatte. Die Wiedervereinigungsmöglichkeiten sind weitgehend verspielt: die Integration der Bundesrepublik in das ökonomische und militärische System der Westkoalition schliesst die Mobilisierung der frischen demokratischen Kraft einer gesamtdeutschen verfassungsgebenden Gewalt auf lange Zeit als Möglichkeit aus. Der Staatsapparat der Länder und des Bundes in Justiz und Verwaltung hat sich auf der Grundlage der gleichen personellen Kader, die das vorherige Regime mitgetragen haben, nicht nur stabilisiert und gefestigt, sondern weithin ausgebaut. Im Zeichen der militärischen Integration ist nach den entsprechenden Änderungen des Grundgesetzes seine Verstärkung durch den militärischen Apparat erfolgt, an dessen Existenzmöglichkeit zur Zeit der Entstehung des Grundgesetzes niemand geglaubt hätte. Vor einem Jahr hat auf Initiative des zuständigen Ministers die Gesamtheit der Kommandeure in einer eindeutig politischen Erklärung auch schon einen politischen Mitspracheanspruch angemeldet.

So ist es verfassungssoziologisch unvermeidlich, daß die Normen des Grundgesetzes, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit garantieren, nach dieser Verschiebung der sozialen Machtgrundlagen erheblichen Unterwanderungs- und Aushöhlungstendenzen ausgesetzt sind. Hier sei nur an den Entwurf des Notdienstgesetzes, der Art. 12 GG (die freie Wahl des Arbeitsplatzes und das Verbot jeder Zwangsarbeit) (1) gröblich verletzt, an die Novelle zum Bundesleistungsgesetz, die Art. 14 GG erheblich gefährdet und zudem eine verfassungspolitische Machtverschiebung zur Exekutive hin anbahnt, aber auch an die Entwicklung des politischen Strafrechts der Bundesrepublik erinnert, die jüngst das Bundesverfassungsgericht zu einer berechtigten Korrektur veranlasst hat (Entscheidung zu § 90a StGB). Ferner sei auf die bedrohlichen Tendenzen in der Judikatur des Bundesarbeitsgerichtes hingewiesen, die die Willensbildungsfreiheit der Gewerkschaften und damit nicht nur Art. 9 Abs. 3 GG, sondern die sozialen Grundlagen demokratischer Verbände insgesamt zu gefährden geeignet sind. Daneben stehen - in dieser Situation wiederum unvermeidlich - Bestrebungen der Exekutive, durch offene Veränderung des Grundgesetzes und seines Bestandes dem Staatsapparat die Macht zu gewähren, nach seinem Belieben wegen angeblicher Gefährdungssituation im Stile des Art. 48 der Weimarer Reichsverfassung mittels eines Notstandsartikels Rechtsstaatlichkeit und Demokratie völlig zu suspendieren.

Damit wäre jene freiheitlich-demokratische Grundordnung, auf der die einzige Chance friedlicher und humaner Weiterentwicklung beruht, zum zweiten Mal in der deutschen Geschichte zum Spielzeug der sozialen und bürokratischen Machtkombination unserer industriellen Massengesellschaft geworden. Deshalb scheint es mir die wichtigste Aufgabe der politischen Soziologen und Verfassungsrechtler zu sein, die der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung verbunden sind, diesen Problemkreis soziologisch und juristisch exakt zu analysieren, um den

---

(1) siehe auch "neue kritik" Heft 6 (Juni 1961), S. 13-22

grossen Organisationen der Arbeiterbewegung zu helfen, den Kampf um die Erhaltung des Normenbestandes des Grundgesetzes energisch zu führen. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Studenten des SDS und die im Fördererkreis vereinten Gelehrten dieser Aufgabe widmen. Sie kann nur gelöst werden, wenn sich Gewerkschaften und Sozialdemokratie bewusst bleiben, dass das politische System einer parlamentarischen Demokratie nur bei Existenz und Machtwillen starker Kräfte einer politischen Opposition funktionieren kann, wie dies § 88 StGB zutreffend definiert. Es ist die Funktion der Opposition, die Verfassungsrechtliche Ordnung gegen ihre stete Gefährdung durch die Macht des Staatsapparates und der ökonomischen Konzentrationsgebilde zu schützen. Es wird unsere Aufgabe bleiben, den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei zu helfen, diese Einsicht in den Mittelpunkt ihrer politischen Praxis zu stellen.

Der Kampf gegen jede Form der Zwangsherrschaft lässt sich erfolgreich nur von links her führen - links im althergebrachten, nicht entarteten Sinnbegriff der Verszeile: "Erkämpft das Menschenrecht"; niemals aber durch Zeloten, die die Aufklärung rückgängig machen möchten und auf die Drohung des Totalitarismus keine andere Antwort wissen als Totalitarismus. Mit offenen oder geheimen Nazianhängern, McCarthy-Adepten, Dunkelmännern, die den Geist unter Standrecht stellen wollen, lässt sich die Freiheit nicht erstreiten. Die Begünstiger der KZ-Kommandanten, der Gau-Leiter, Reichstreuhänder, SS-Generale, der Euthanasie-Ärzte, der Hitler'schen "Volksrichter", der Kommentatoren der Nürnberger Judengesetze, die Bewunderer und Möchte-Gern-Nachahmer des blutigen Diktators Franco sind unzuständig, wenn das Weltgewissen gegen die Unmenschlichkeit aufgerufen wird; sie haben durch ihre Kraftmeierei, ihre lautmäuligen Drohreden, ihre Aufmärsche, ihr Revanchegeschrei (das leider keine kommunistische Erfindung ist), die Bekundungen ihrer Unversöhnlichkeit und Unentwegtheit in den vergangenen Jahren schon genug neues Unheil heraufbeschworen, nicht zuletzt sogar den heuchlerischen, fadenscheinigen Vorwand, doch immerhin den einzigen für nicht wenige Menschen auch in der westlichen Welt und besonders in den bündnisfreien Ländern plausiblen Vorwand dafür geliefert, dass nun eine "Chinesische Mauer" die Hauptstadt Deutschlands durchschneidet.

Gerade deshalb ist es ja so wichtig, dass in diesem Zeitpunkt, da ein neuer Abschnitt der deutschen Geschichte beginnt, auch die Stimmen des anderen, des besseren Deutschland vernehmlich werden: Ihre Stimmen.

Aus einer Grussbotschaft von Prof.Dr. Alfred Kantorowicz, München, zur Gründungskonferenz der Sozialistischen Förderer-Gesellschaft am 8.Okt.61 in Frankfurt.

Z U R F R A G E D E R I N N E R P A R T E I L I C H E N D E M O K R A T I E

Ossip K. F l e c h t h e i m

Dieser Arbeit liegen zum Teil die Referate zugrunde, die Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim, Direktor des Otto-Suhr-Instituts an der Freien Universität Berlin, auf der XVI. Delegiertenkonferenz des SDS und der Gründungskonferenz der Sozialistischen Förderergesellschaft in Frankfurt/M. am 6. und 8. Oktober 1961 gehalten hat.

Die Parteienentwicklung in Westdeutschland seit 1945 steht unter dem Zeichen einer immer weiterreichenden "Institutionalisierung". Daß es auch bei uns einmal grosse soziale Bewegungen wie die Arbeiterbewegung, die Jugendbewegung, die Frauenbewegung gegeben hat, und daß sich etwa im 19. Jahrhundert auch politische Parteien oft aus solchen grossen sozialen und politischen Bewegungen herauskristallisiert haben, ist heute so gut wie vergessen. Die politische Partei scheint im Verlaufe ihrer Institutionalisierung in der Bundesrepublik heute eine neue "höhere" Phase zu erreichen - die stark weltanschaulich geprägte "vorstaatliche", auf freiwilligen Mitgliedern und Funktionären beruhende Assoziation geht in eine quasi-öffentlich-rechtliche, d.h. staatsverbundene, hierarchisch geführte "Anstalt" über.

Der Artikel 21 des Grundgesetzes, der von der "Mitwirkung der Parteien bei der Willensbildung des Volkes" spricht und damit die Parteien verfassungsrechtlich verankert und sozusagen diplomatisch "anerkennt", spiegelt diesen Vorgang wider. Zugleich ist er die Grundlage für eine noch weiterreichende Integration der Parteien in den Staat geworden. Die 5%-Klausel hat den parteipolitischen status quo zementiert. Im Zeitalter der Mammutorganisationen und der Riesenapparate ist damit die Neugründung von Parteien ungeheuer erschwert. Der Zug des ohnehin schon zur Anpassung neigenden modernen Wählers zu den grösseren Parteien wird verstärkt und den bestehenden Grossparteien eine quasi-oligopolartige Machtstellung eingeräumt. Die Bestimmung des Art. 21, wonach die Gründung der Parteien frei sei, wird so fast zu einer juristischen Fiktion, die von der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Realität zunichte gemacht wird.

Die Ämterpatronage und die wachsende Subsidierung der Fraktionen und sogar auch der grösseren Parteien aus Staats-, d.h. Steuermitteln, rücken die Parteien noch mehr in die Nähe der mit besonderen Staatsprivilegien ausgestatteten traditionalen Grosskirchen. Im Gegensatz zu diesen scheinen sich allerdings unsere modernen Parteien zu "entideologiesieren". Dieser vielbemerkte Verlust an "Ideologie", der zweifellos zum Teil zu einer Versachlichung der Politik beigetragen hat, wirkt sich aber vor allem in einer Anpassung an die herrschenden Ideen unserer Zeit und Gesellschaft aus. So nähern sich die fortschrittlicheren Parteien den konservativen an. Die Entideologisierung ist jedoch keineswegs gleichbedeutend mit einer grösseren Aufgeschlossenheit der Parteien gegenüber allen - d.h. auch gegenüber den neuen und radikalen - geistig-politischen Strömungen. Die SPD insbesondere wird immer mehr aus einer Programm- und Massenpartei zu einer Wähler-, Patronage- und Führerpartei. An die Stelle der Mitglieder und Funktionäre, die einst in der und durch die Partei die Emanzipation des Proletariats erträumten, treten Anhänger, die die Partei vor allem

als Stellenvermittlung betrachten. Mittels eines an modernen Werbemethoden orientierten, hauptberuflich tätigen Apparates soll der "Führer" die Masse der angeblich freischwebenden Wähler gewinnen.

Da es bei den anderen Parteien ähnlich bestellt ist, kann man sagen, daß sich tendenziell die Partei in der Bundesrepublik "amerikanisiert". Sie nähert sich dem Typus der amerikanischen Maschinenpartei - wie diese verwächst sie immer mehr mit dem Staatsapparat als einer Macht- und Herrschaftsinstitution; zugleich entwickelt sie sich zu einer Dienstleistungs ("service") - Organisation, welche die Massen nicht als Aktivbürger zu überzeugen, sondern eher als passive Konsumenten zu überreden versucht. An die Stelle der Erziehung tritt so mehr und mehr die Manipulierung. Die Anfänge dieses Prozesses liegen weit zurück; Robert Michels hat schon vor 1914 auf die oligarchischen Tendenzen gerade auch bei den Arbeiterparteien hingewiesen. Heute hat sich die straffe Führung der Parteien von oben noch weiter perfektioniert. Ganz anders als bei manchen sozialistischen Parteien (Frankreich, Italien usw.) oder sogar auch bei der SPD vor 1914 oder auch zur Zeit der Weimarer Republik oder in den ersten Jahren nach 1945 dürfte heute in der SPD kein Raum mehr für verschiedene Plattformen, Richtungen oder gar "Fraktionen" sein. Ob die Position Schumachers je so stark war wie die Adenauers, mag zweifelhaft sein, - zweifellos wird die Politik der SPD heute von ihren Führern ohne entscheidende Mitsprache der Mitglieder bestimmt. Der Machtanspruch der Führung geht aber in der heutigen SPD noch erheblich weiter: Die unabhängige politische Betätigung der Mitglieder ausserhalb der Partei, in Studenten- oder Jugendorganisationen, wird verpönt, und sogar die Äusserung von "abweichenden" politischen oder ideologischen Auffassungen mag zum Parteiausschluß führen - der krasseste Fall dürfte das Verfahren gegen ein Mitglied wegen seiner Angriffe auf Luther und die Kirchen sein (wäre der Betroffene Mitglied der evangelischen Kirche gewesen, so wäre diese nicht gegen ihn vorgegangen, da dort ein Ausschlußverfahren nicht bekannt ist !)

Wie bereits angedeutet, geht die innerparteiliche Demokratie in den Parteien mancher Länder so weit, daß dort die verschiedenen Richtungen nicht nur geduldet werden, sondern sogar proportional in den Führungsgremien ihrer Parteien vertreten sind. Die USA kennen zwar nicht den Proporz innerhalb der großen Parteien, diese verzichten aber weitgehendst angesichts ihrer radikalen Dezentralisierung und ihres extremen Föderalismus auf die Durchsetzung einer einheitlichen Politik; den Mitgliedern erlauben sie fast absolute Freiheit der politischen Betätigung auch außerhalb der Parteien, etwa in den für Amerika so typischen und bedeutsamen "staatsbürgerlichen" Vereinigungen der verschiedensten Art (single-purpose-movements). Hierin liegt eine wirksamere Form demokratischer Anteilnahme des Bürgers, als sie die auch in den USA durchgeführte öffentlich-rechtliche Kontrolle der innerparteilichen Führerauslese etwa durch die bekannten Ur- oder Vorwahlen (primaries) darstellt.

Die Tragik in Deutschland besteht darin, daß wir auch hier wieder einmal gehäuft die negativen Phänomene der verschiednen Systeme ohne deren positive Seiten haben: Bald werden unsere Parteien so weit sein, daß sie die Unduldsamkeit einer kleineren privaten weltanschaulichen Gemeinschaft gegenüber deren Mitgliedern mit den Machtansprüchen einer staatlichen Zwangsanstalt gegenüber der "Gefolgschaft" vereinigen. Dieser Zustand ist vom Standpunkt einer dynamischen Demokratie um so

bedrohlicher, als ja gerade auch in der Bundesrepublik im eigentlich staatlichen Bereich die Tendenz besteht, demokratische Willensbildung auf eine Sache der Form und des Verfahrens zu reduzieren. Beispielsweise ist die Wirkungskraft der parlamentarischen Opposition mit der Annäherung der Parteien immer bescheidener geworden - und nun werden sogar Möglichkeiten einer innerparteilichen Opposition beschnitten oder gar ausgeschaltet. Während jedoch in der staatlichen Sphäre, solange hier wenigstens noch die liberalen und rechtsstaatlichen Formen und Prozeduren grundsätzlich eingehalten werden, die sogenannte Gewaltenteilung und die noch so relative Unabhängigkeit der Justiz dem Staatsbürger ein Minimum an Meinungsfreiheit sichern, ist dieses Minimum für den Parteibürger schon heute in Frage gestellt. Hier führt bei einer Störung der demokratischen Kommunikation und Willensbildung von unten nach oben der Mangel an Gewaltenteilung und das Fehlen eines Systems der Hemmungen und Gegengewichte zu einer Konzentration aller Gewalt in den Parteispitzen: Die in der Theorie souveräne Legislative der Partei, d.h. der Parteitag, tritt schon so selten zusammen, daß er als Kontrollorgan meist versagen muß - von der Möglichkeit, ihn beim Fehlen einer ausgebauten Organisation in Form von Fraktionen, Ausschüssen usw. leicht zu manipulieren, ganz zu schweigen.

Die Macht der Partei-Exekutive erinnert vollends an einen durchaus nicht unbedingt "aufgeklärten" Absolutismus, insbesondere wenn die Parteirechtsprechung, wie das oft leider der Fall ist, versagt. Zwar kennen die Parteien ein relativ ausgebildetes und faires Parteigerichtsverfahren, daneben finden sich aber fast überall Ausnahmebestimmungen, wie sie etwa der § 29 des Parteistatuts der SPD bildet, der peinlich an Standgerichtsverfahren erinnert. Ein solches summarisches Verfahren bildet in den Händen einer autokratischen Parteiführung eine Waffe, die die Rechtsstellung des Parteibürgers stets bedroht. Ein solches Verfahren ist mit den Prinzipien einer demokratischen oder auch nur liberalstaatlichen Justiz kaum zu vereinbaren. Sicherlich mag ein Kegelclub ein Mitglied ohne förmliches und objektives Verfahren ausschließen - ein Herrschaftsgebilde, wie es eine Großpartei heute in der Bundesrepublik darstellt, müßte in seinem Verkehr mit den Mitgliedern durchaus den rechtsstaatlichen Minimalanforderungen genügen. Das sollte sich schon aus Artikel 21 ergeben, der verlangt, daß die innere Ordnung der Parteien demokratischen Grundsätzen entsprechen muß.

Ist es da nicht an der Zeit, daß die Gerichte - d.h. in letzter Instanz das Bundesverfassungsgericht - dem Parteimitglied einen wirksamen Schutz gewähren ? Sollten sie nicht zumindest nachprüfen, ob bei Anwendung von Bestimmungen wie dem § 29 die dort genannten besonderen Voraussetzungen vorliegen ? § 29 erklärt ausdrücklich, daß er nur in den Fällen angewandt werden soll, in denen "eine schwere Schädigung der Partei durch schnelles Eingreifen der Partei verhindert werden m u ß ". Wo diese Voraussetzungen nachweislich nicht vorliegen, sollten die Gerichte der mißbräuchlichen Ausnutzung dieser Ausnahmebestimmung zur Erzielung innerparteilicher Konformität eindeutig entgegentreten. Nur dann kann man sagen, daß die Grundrechte, insbesondere das Recht der Meinungsfreiheit, auch für Parteimitglieder gegenüber ihrer eigenen Organisation als einer quasi-staatlichen Institution nicht nur auf dem Papier stehen. Selbst das würde nicht eine echte innerparteiliche Demokratie im Sinne der Herrschaft von unten nach oben garantieren. Immerhin wäre wenigstens das alt-liberale Ideal

einer Freiheit vom Druck von oben innerhalb einer wenn auch noch so begrenzten Sphäre erreicht. Vielleicht können wir überhaupt nur erhoffen, dass in unserer Epoche, in der der demokratische Herrschaftsanspruch des Bürgers immer illusorischer wird, obwohl die liberalen Freiheitsrechte für den Bürger in stärkerem Maße erhalten bleiben, als das in früheren vordemokratischen Zeiten der Fall war.

Der Schutz der Parteibürger gegenüber ihren eigenen Parteiführungen ist um so dringlicher, als nur so die aktive Teilnahme der Mitglieder an über- oder nichtparteilichen Organisationen aller Art gesichert werden kann. In dem Maße, wie aber auch unsere Parteien immer mehr zu oligopolischen, hierarchisch-strukturierten Anstalten werden, wird, ähnlich wie in den USA, die Betätigung politisch aktiver Bürger in staatsbürgerlichen Vereinigungen aller Art zu einer Lebensfrage für die demokratische Dynamik unserer Gesellschaft. Den hierarchischen und bürokratisierten, konservativ gewordenen Parteien gegenüber können und müssen nicht nur die großen wirtschaftlichen und sozialen Verbände, die eigentlichen Pressure Groups, sondern gerade auch die kleineren, formloseren politischen Vereinigungen das Moment der Bewegung und Erneuerung der größeren Perspektive und der Selbstlosigkeit vertreten und durchsetzen. Als Unruhe im politischen Getriebe einer durchorganisierten und institutionalisierten Welt können sie aber gerade in Deutschland von heute nur wirksam werden, wenn sie nicht von vornherein auf die Mitarbeit der Parteibürger zu verzichten brauchen. Diesen sollten die Parteien, die sich ja alle heute so nachdrücklich zur Freiheit bekennen, mindestens dieses Maß an Bewegungs- und Meinungsfreiheit gewähren. Dann wird man zumindest sagen können, daß das Volk bei der politischen Willensbildung der Parteien mitwirkt.

"Die Sache des freiheitlichen Sozialismus...hat nichts von ihrer geschichtlichen Dringlichkeit eingebüßt, sie ist objektiv mehr denn je die einzige Alternative zur Perversion des Menschenvolkes, zu Kannibalismus und Untergang. Ihre Fruchtbarkeit ist noch ganz unerschlossen, es wird der Hingabe von Geschlechtern bedürfen, um sie sichtbar zu machen. Es bedarf jetzt der Menschen, die auch um den Preis ihrer zeitweiligen Vereinsamung und geschichtlichen Hilflosigkeit entschlossen sind, diese Sache weiterzuführen, ganz ohne Illusionen der Zukunft ein Zeichen zu geben, die sich nicht selbst zum Maßstab erheben, sondern nur das, was durch sie weiterwirken und überdauern will, als Verheissung, als Erbe aller großen Vergangenheit, als Versprechen des Kommenden."

Aus einer Grußbotschaft von Prof.Dr.H.-J. Heydorn zur XVI. Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt

GEDANKEN ZU EINER SOZIALISTISCHEN AUSSENPOLITIK

Fritz Lamm

In einem Referat auf der Gründungskonferenz der Sozialistischen Förderer-Gesellschaft machte Fritz Lamm das dringende Erfordernis einer sozialistischen Aussenpolitik deutlich. Wir geben das Referat ungekürzt wieder.

In der mehr als tausendjährigen Geschichte der Deutschen hat es nur eine sehr kurze Zeit gegeben, in der man von einer "deutschen Geschichte" sprechen kann. Die vielfältige Zerrissenheit der Geschichte gewordenen deutschen Politik erschwert ihre Analyse und ihr Verständnis. Denn während - in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts - der industrielle Kapitalismus in deutschen Landen die Gesellschaft in schneller Blüte entwickelte, wurde die Aussenpolitik bestimmt von den Kräften des Junkertums, deren Interessen und politische Vorstellungen noch im Feudalismus verhaftet waren.

Die Epoche des Feudalismus ist dadurch gekennzeichnet, dass - unter der eisernen Fessel der herrschenden Stände - das Geschehen, also die Geschichte vor allem in der Aussenpolitik ihren Ausdruck fand. Hätten wir in unserer Vergangenheit eine klare Trennung von Feudal- und Bourgeois-Gesellschaft gehabt, könnten wir also die letzten 12o bis 15o Jahre unserer Geschichte schemenhafter, abstrakter nachzeichnen, dann würde deutlicher erkennbar sein, dass in der Epoche des industriellen Aufbaus die innerpolitische, dh. ökonomische und kulturelle Entwicklung weitgehend die Ziele der Aussenpolitik beherrscht hat. Wir können - ohne Kühnheit - wohl auch jetzt feststellen, dass dies heute ebenso in all den Staaten und Ländern noch der Fall ist, die sich im industriellen Aufbau befinden.

Mit dem strukturellen Wandel des sogenannten freien Kapitalismus zum monopolistischen und kartellisierten Kapitalismus, dessen Interessen mehr und mehr vom Staatsapparat vertreten werden und in dem die - wie wir so schön bescheiden sagen - "öffentliche Hand" selbst zu einem wachsenden Wirtschaftsfaktor geworden ist, begann die Aussenpolitik wieder den Vorrang über die Innenpolitik einzunehmen.

Diese strukturelle Verwandlung ist nicht nur gekennzeichnet durch die Konzentration der kapitalistischen Mächte, sondern auch durch die technische Entwicklung, die neuerdings die Grenzen der Nationalstaaten Europas als politischen Faktor sprengten. Insofern könnte mann mit Recht die Charakterisierung unserer westdeutschen Gesellschaft als "Industriefeudalismus" (V.Agartz) auch auf die Aussenpolitik ausdehnen.

Mit guten Gründen können wir sagen, dass die Menschheit mit der Mitte des 2o. Jahrhunderts in die Epoche der "Erdgeschichte" eingetreten ist. Weder der erste grosse Krieg in diesem Jahrhundert, noch auch der zweite - das hat Fritz Sternberg richtig betont - waren eigentlich Weltkriege. Grosse Teile der Erde wurden von ihnen nicht berührt. Sollte es zum dritten grossen Kriege kommen, so wird dieser allerdings ein Ereignis sein, das die ganze Menschheit in seinen Strudel zieht. Man braucht nicht an den Krieg und seine Vorbereitung zu denken, um festzustellen, wie eng die Beziehungen der Menschheitsgeschichte geworden sind. Jedes Ereignis in irgendeinem Teil der Erde, in Gebieten, die vor einigen Jahrzehnten bestenfalls geografische Begriffe für gebildete

Leute waren, ruft heute die grossen Blöcke auf den Plan, soweit sie nicht schon als Initiatoren dieser Entwicklungen zu erkennen waren.

Das"gut marxistische"deutsche Sprichwort "Sage mir, mit wem Du umgehst, - und ich sage Dir, wer Du bist" ist ja in diesen Tagen neu bestätigt worden am Beispiele Syriens, das seine diplomatische Anerkennung sofort erhielt von der Türkei, Jordanien, Persien, von Nationalchina und Guatemala.

Besonders deutlich wird denn auch am deutschen Beispiel, dass es eigentlich unmöglich ist, heute von e i n e r deutschen Aussenpolitik zu sprechen, wo die DDR zur Westfront des Ostblocks - und die Bundesrepublik zur Ostfront des Westblocks geworden ist. An dieser machtpolitischen Tatsache ändert sich auch dann nichts, wenn Ulbricht oder Adenauer meinen, dass sie - jeder auf seine Weise - die gesamtdeutschen wahren Interessen vertreten. Die Deutschen sitzen zur Zeit an zwei Tischen; - das Tor ist zugemacht. Jegliche Politik mit Aussicht auf fortschrittliche Lösungen muss von dieser - als bitter empfundenen Realität ausgehen.

Und - da ich nun schon das weitsinnige Wort "Fortschritt" gebraucht habe: die Produktionskräfte und die Produktionsmittel der modernen Machtpolitik sind derart neu, dass die von Marx zu seiner Zeit mit Recht vertretene These, dass die sozialistische Bewegung sich immer gegen die "reaktionären" Mächte und Armeen richten müsse, nicht mehr zutrifft. Der grosse Krieg, wenn es dazu kommen sollte, wird der Rückschritt an sich sein. Der nächste Krieg wird kaum die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, eher das Ende aller Politik sein. Aus einer marxistischen Analyse unserer Zeit ergibt sich, dass fortschrittliche Politik eben im konsequenten Kampf der Verhinderung des Krieges besteht. Daher dienen denn auch die erneuten russischen Atombombenversuche,- deren Reaktion auf der anderen Seite nur zu klar ist -, auch nicht dem historischen Fortschritt.

In diesem Sinne dürfen wir wohl deutlich erklären, dass - ebenso wie kapitalistische Staaten bei falschen Zielen oder Mitteln - auch staatssozialistische Regierungen, - wenn auch nicht aus innerökonomischer Gesetzmässigkeit heraus -, reaktionäre Politik machen können.

Die Entwicklung der Produktivkräfte und -mittel, die im Strukturwandel der liberal-kapitalistischen Entwicklung deutlich wurde, hat zu neuen Begriffen geführt, die allerdings den führenden Politikern noch nicht bewusst geworden sind. Wurden im aufblühenden Kapitalismus der freien Konkurrenz einst alle technischen Verbesserungen und wissenschaftlichen Entdeckungen in Friedenszeiten und zu - immerhin doch - friedlichen Zwecken gemacht, die man dann für Kriegszwecke auswertete (Tank, Flugzeug), so werden heute umgekehrt alle grossen Entfesselungen neuer Mittel im Kriege - oder zur Kriegsvorbereitung - erzeugt, und danach überlegt man sich, ob man diese Kräfte auch für friedliche Zwecke nutzen kann (Automation, Atomenergie).

Die strategischen Interessen bestimmen die Politik. Insofern ist heute der "umgekehrte Clausewitz" richtig. "Die Politik ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln geworden." In unseren Sprachschatz haben wir den "Kalten Krieg" aufgenommen.

Ist der radikale Kampf gegen jegliche militärische Rüstung in Ost und West heute zum Zeichen fortschritt-garantierender Politik geworden, so ist in dieser Epoche klar, dass fortschrittliche Aussenpolitik,

sozialistische Aussenpolitik nur die bedingungslose und uneigennützige Zustimmung zur Entwicklung der bisher rückständigen Teile der Menschheit sein kann. Gehört es zum sittlichen und realen Inhalt aller sozialistischen Politik, immer auf der Seite der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu stehen, so kann im Rahmen der NATO eben kein Platz für Sozialisten sein. Man kann nicht gleichzeitig für Frankreich und Algerien sein; man kann nicht gleichzeitig für die Freiheit Angolas sein - und Kredite an Portugal geben.

Auch die Kolonialpolitik ist durch die veränderten Verhältnisse, wobei die Existenz der Sowjetunion, Chinas und der anderen staatssozialistischen Länder eine bedeutende, nicht hoch genug einzuschätzende Rolle spielt, in eine neue Phase getreten.

Die Marx-Kritiker konnten bis zum zweiten Weltkriege höhnisch auf den Irrtum Marxens hinweisen, der behauptet hatte, die industrielle Entwicklung werde von den Metropolen in die Kolonien getragen und dann werde die mit der kapitalistischen Produktionsweise verknüpfte Ausbeutung zu einer allgemeinen Produktions- und Konsumkrise führen, die - bei Vermeidung des allgemeinen Untergangs - notwendigerweise zu einer internationalen Umwälzung, zum Sozialismus führen müsse. Heute beeilt sich die Weltgeschichte, Marxens sogenannten Irrtum zu revidieren. Die Durchindustrialisierung der Welt, besonders wo sie mit kapitalistischen Methoden erreicht werden soll, ist zwar ein Mittel, die direkte Bedrohung abzuwenden, führt aber um so sicherer dazu, die alte Produktionsweise an ihre historischen, ökonomischen und politischen Grenzen zu zwingen.

Diese neokoloniale Politik findet zudem statt in einer Zeit, wo der Imperialismus - eben auch durch die veränderten Verhältnisse - bereits wesentlich angeknackst ist, was die blockfreien Staaten in ihrer Belgrader Erklärung hervorgehoben haben.

Nur wer - abstrakt ökonomisch - den Imperialismus definiert allein durch Kapitalexport, kann erklären, dass dieser Imperialismus jetzt eine allseitige Blütezeit durchmacht. Aber eine solche Definition beruht nicht auf der Einsicht in die konkreten Veränderungen unserer gegenwärtigen Geschichte.

Wie sehr alle Begriffe falsch geworden sind, die aus der Zeit der europäischen Machtentwicklung stammen, beweist die Tatsache, dass die entscheidenden weltpolitischen Kräfte nicht mehr in Europa sind. Die bisher entscheidenden Mächte, Amerika und Russland, haben zudem in ihrer Entwicklung nicht die sozialistische Bewegung gekannt, die in Europa das geformt hat, was wir immer noch als die "Arbeiterbewegung" klassischen Stils in unserem Bewusstsein haben.

Diese aber ist mit der Kolonialpolitik, mit der gewaltigen Bereicherung der alten Welt - und durch ihre politischen und gewerkschaftlichen Kämpfe - an ihre kapitalistische Umwelt in Ökonomie und Politik herangewachsen. Das Zusammenwirken im Staat und die Sozialpartnerschaft in der Wirtschaft machen deutlich, dass der Klassenkampf in diesen Ländern deutlich abgeschwächt wurde. Aber mit der Entwicklung der Technik, der Erweiterung der politischen und ökonomischen Räume hat der Klassenkampf auf dieser eng aneinandergerückten Erde internationalen Charakter angenommen. Die proletarischen Völker ringen um ihre Emanzipation mit den gesättigten.

Eine gründliche Analyse der veränderten internationalen Verhältnisse -- ein neues kommunistisches Manifest des Jahres 1962 - müsste also zu einer sozialistischen Aussenpolitik führen, die - ausgehend von den Realitäten - radikal gegen Krieg und für die Emanzipation der proletarischen Völker eintritt.

Stattdessen ist die westeuropäische Arbeiterbewegung in ihren entscheidenden Kräften in den bürgerlichen Staat und an seine nationalen Interessen herangewachsen. Man drängt zur nationalen Konzentration, um sich gegen den ökonomischen und machtpolitischen Aufstieg - so oder so - durch ökonomische Bindung oder militärische Kraft verteidigen zu können. Ich zitiere die "Stuttgarter Zeitung" vom 6. Oktober 1961:

> "Der SPD-Pressedienst versicherte, daß die Beschlüsse der Labour-Party die Haltung der deutschen Sozialdemokratie in keiner Weise präjudizieren würden. Die SPD habe ihre Haltung in ihrem Regierungsprogramm festgelegt, daß sie sich **a n d e n ü b e r g e o r d n e t e n L e b e n s f r a g e n d e r d e u t s c h e n N a t i o n o r i e n t i e r e .**"

Das ganze 19. Jahrhundert spricht aus dieser Phrase.

Es ist eine besondere Tragikomödie der Geschichte, daß die sozialdemokratische Bewegung - ich meine hier viel mehr als nur die Parteiorganisation -, die unter dem Ruf der internationalen Verbrüderung aller Arbeitenden, aller Entrechteten und Geknechteten, aller Proletarier gross und stark wurde zu einer Zeit, als der deutsche Kapitalismus erst die Nation zu formen begann, - daß diese Partei jetzt, da der Kapitalismus längst die nationalen Grenzen überschritten hat und nur internationale Lösungen den Bestand der Menschheit - und nur so eine weitere sozialistische Entwicklung - garantieren, - daß diese Partei jetzt die Vertretung der übergeordneten nationalen Interessen eines geteilten deutschen Staates vertritt, - in einem Zeitpunkt, da schon offenbar ist, daß diese Interessen in der Epoche der Weltgeschichte längst hintergründig geworden sind.

Hinkt aber die Idee hinter der Wirklichkeit nach, so wird sie zur Ideologie , die sich aus pragmatischem Opportunismus an die Begriffe der toten Generation klammert.

Unsere Aufgabe hingegen muß darin bestehen, das intellektuelle Gewissen der sozialdemokratischen Bewegung zu bleiben. Das ist meines Erachtens die schwere Aufgabe, die unter so ungünstigen Bedingungen, wie wir sie heute haben, vor allem die sozialistischen Akademiker und die intelligenten Kräfte der arbeitenden Jugend haben. Diese Kräfte geistig und materiell zu fördern und zu entwickeln, ist unsere Aufgabe, die wir - mag mancher sozialdemokratische Genosse heute auch anders darüber denken - für die deutsche und internationale sozialdemokratische Bewegung zu leisten haben. Das heisst, daß wir uns zum gemeinsamen **V o r** denken zusammenfinden und in geduldiger Analyse der weltpolitischen Ereignisse und bei kritischer Betrachtung der eigenen Entwicklung die Voraussetzungen für zeitgemässe Erkenntnisse und Politik zusammentragen.

Dabei werden wir durchaus klarzustellen haben, welche besondereRolle bei dieser Entwicklung auch die kommunistische Bewegung gespielt hat. Wir werden nicht davor zurückschrecken, zu erklären, daß - wieder unter bestimmten historischen Verhältnissen - die KPD - und gar

erst die SED - durch ihre Praxis diese Entwicklung in dem Bewußtsein der Massen gefördert hat; wir können auch nicht schweigen zu den Methoden der DDR, die dem Freiden nicht dienen - und die das Ansehen des Sozialismus weiterhin in furchbarer Weise schädigen.

Auch diese Kritik geht aus von dem Wunsche, bei Erhaltung des Friedens der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu dienen. Das Mittel der Selbstkritik ist noch immer die Lebensluft einer lebendigen sozialistischen Bewegung gewesen.

In der Epoche der Weltgeschichte ist die große Politik, die Außenpolitik, die gemeinsame Politik aller sozialistischen Kräfte zu einem entscheidenden Faktor geworden. Darum müssen wir die Probleme der Außenpolitik zur Diskussion stellen. Darin erblickte ich die Aufgabe dieses thesenartigen Kurzreferats, das wohl - davon bin ich überzeugt - zur Diskussion anregen kann, die wir - nicht heute, in wenigen Minuten - wohl aber in naher Zukunft zu führen haben.

Europa und Deutschland sind nicht mehr ein Mittelpunkt der Weltpolitik, aber die Gefahrenherde liegen an den Peripherien. Wenn Zusammenstöße kommen, so werden die Völker und Länder sicherlich verbluten, die an den Reibeflächen der Weltgeschichte liegen, an denen sich Brände entzünden können, die um andere Probleme gehen.

Hier unseren Teil zur Verminderung der Gefahr - auf der Basis ernster Erkenntnisarbeit - zu leisten, das erscheint mir - gerade wegen unserer geografischen Grenzsituation - auch unsere besondere Aufgabe zu sein. Es handelt sich, wenn wir überleben wollen, um eine eminent deutsche außenpolitische - internationale Aufgabe. Die Menschheit zu retten vor dem Untergang - die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung im sozialistischen Sinne zu fördern, - das ist - ich hoffe, Ihr alle, Genossinnen und Genossen, könnt dem zustimmen - das ist das wahre sozialistische und nationale Interesse - nicht nur, aber auch - der deutschen Außenpolitik.

Leider haben in der Zeit nach dem letzten Krieg alle großen sozialdemokratischen Parteien den Weg des Sozialismus verlassen und fast überall haben sie sich mit der Ideologie und mit den Entwicklungsperspektiven des Neokapitalismus abgefunden. Sie sind so zu drittrangigen Gehilfen der kapitalistischen Gesellschaft geworden. In jedem Land muß dringend eine Neubelebung der sozialistischen Kräfte stattfinden, nicht nur gedanklich, sondern auch organisatorisch - eine Neubelebung, die den Massen und der öffentlichen Meinung zeigt, daß für die Arbeiterschaft Kommunismus und Neokapitalismus nicht die einzigen Alternativen gegenüber der jetzigen sozialdemokratischen Konzeption sind, sondern doch noch Platz ist für einen Sozialismus, der zugleich umwälzend und demokratisch ist.

Lelio Basso, PSI, auf der XVI. Delegiertenkonferenz des SDS am 6. Oktober 1961 in Frankfurt am Main

ANMERKUNGEN ZUM BEGRIFF DER TOTALITÄREN IDEOLOGIE

Besprechung : Carl Joachim Friedrich: "Totalitäre Diktatur"
W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1957, 315 S.

Die Soziologie befasst sich schon seit längerer Zeit mit dem Problem des Totalitarismus. Die Diskussion reisst nicht ab, notwendige Modifikationen der Interpretation des Phänomens selbst vollziehen sich aber nur zögernd, wenn überhaupt; grundsätzlich hält man an einer a-historischen Sicht fest. Man klammert sich an Modellkonstruktionen, deren Glaubwürdigkeit im Hinblick auf Wirklichkeit man durch völlig isolierte und unvermittelt hineingebrachte geschichtliche Merkmale nachzuweisen versucht. In diesen rangieren Kommunismus, Nationalsozialismus (den man keineswegs immer als eine Spielart des Faschismus begreift!) und Faschismus gleichwertig als Totalitarismen, während man die bürgerliche Demokratie, als Richtmass adäquaten Wirklichkeitssinnes für menschliches Zusammenleben, davon abgrenzt. So wie der Begriff des Totalitarismus fixiert ist an isoliert behandelten Momenten, die seine Wirklichkeit erst möglich gemacht haben sollen, wie z.B. die Technik, so verfährt man mit dem der Demokratie. Man sträubt sich vor der Einsicht, dass eine totalitäre Struktur nicht eine bestimmte Weise von Gesellschaft schlechthin ist, die keinen Bezug zu vorhergegangenen gesellschaftlichen Verhältnissen hat, sondern sich im Schosse jeder Gesellschaft herausbilden kann, die darauf angewiesen bleibt, den menschlichen Fortschritt zu hemmen und ihn so durch einen Pseudofortschritt zu ersetzen. Der Nationalsozialismus zum Beispiel bildete sich im eigentlichen Sinne als die Art und Weise eines Nicht-mehr-weiter-Könnens heraus. Die ihm eigene totalitäre Struktur wies auf die demokratische Gesellschaft hin, deren Kind er war - auf die Weimarer Republik. Das aber wird verschwiegen.

Es ist daher in jedem Falle widersinnig, Kommunismus, Nationalsozialismus und Faschismus - indem man den Gegensatz von Realdemokratie und Faschismus völlig ausser acht lässt - gleichzusetzen, mag die - auch hier nur scheinbare - Identität periphärer Merkmale auch noch so hervorstechen. Der Kommunismus erweist sich seiner Intention nach in keiner Hinsicht als gewalttätige Neuorganisierungsmaschinerie vorhergegangener gesellschaftlicher Verhältnisse. Er drückt in Inhalt und Wesen ihre absolute Überwindung aus. Wie weit seine Realität dahinter zurückblieb oder im Zuge der Eigenentwicklung sich etappenweise Retardationen herausgebildet haben, d.h. also, wie weit sich hier eigenartige totalitäre Tendenzen entwickelten (aber auch hier wieder verschwanden) bleibt eine andere Frage. Ihr kann jedenfalls nicht nachgespürt werden, wenn man vom Geschichtsprozess in seiner allseitigen Vermitteltheit abstrahiert. Der Faschismus kennt, im Gegensatz zum Kommunismus, im eigentlichen Sinne keine Entwicklung. Er bricht nur dem Scheine nach mit der bürgerlichen Welt, aber dies ist bezeichnend für die barbarische Selbstliquidation des bürgerlichen Bewusstseins, das nicht mehr weiter weiss.

Die Soziologie, die als methodischen Ausgangspunkt Modellkonstruktionen benutzt, d.h. von vornherein generalisierend verfährt, ohne die Vermittlung von Besonderem und Allgemeiner., verfällt selbst, indem sie die Wirklichkeit tief unter sich lässt, dem Selbstrechtfertigungscharakter bürgerlichen Denkens, seiner Wirklichkeit; d.h. sie passt sich unkri-

tisch seinem ideologischen Selbstverständnis an. Der Ideologiebegriff, wie ihn Friedrich in seinem Buch verwendet, entspricht ganz diesem Vorgehen. Er definiert totalitäre Ideologie als "...eine solche, die sich auf die totale Zerstörung und den totalen Wiederaufbau einer bestehenden Gesellschaft richtet und, für die Ideologie typisch, die Gewalt akzeptiert, da sie das einzige mögliche Mittel für eine solche totale Veränderung der Gesellschaft ist." (S.27) Ebenso wie hier Ideologie als Moment für sich, losgelöst von jedem Wirklichkeitsbezug, erscheint, so das Moment des Veränderns und das der Gewalt. Alle drei Momente werden von ihm gefasst als Momente totaler Willkür. So bezieht er aus einem falschverstandenen Kommunismus seine Kritik am Faschismus und kann diesen gerade deswegen nicht begreifen. Identisch sind ihm Revolution und Konterrevolution, Herstellung völlig neuer Zustände und gewalttätige Zementierung der alten. Ist also jede Revolution zu verwerfen? Aber erweist sich Friedrich nicht damit als Gralshüter solcher gesellschaftlicher Strukturen, die die Konterrevolution erzeugen helfen?

Der Begriff von Wirklichkeit, den er verwendet, erweist sich selbst als ideologisch. Es ist die Wirklichkeit des fast ausschliesslich normativ begriffenen Verfassungs- und Rechtsstaates, die als Regulator auch Gültigkeit für alle im Hinblick auf sie erkannten totalitären Systeme hat. Friedrich hat einen unkritischen Begriff von Wirklichkeit, wie er letztlich auch einen unkritischen Begriff von Ideologie hat. Er begreift nicht, dass Ideologie und Wirklichkeit sowohl die Wirklichkeit d i e s e r Ideologie wie die Ideologie d i e s e r Wirklichkeit darstellen. Ideologie und Wirklichkeit der Ideologie sind immer ineinander verschränkt, dergestalt, dass die Kritik der Ideologie gleichzeitig, negativ gewendet, die Kritik der Wirklichkeit dieser Ideologie bedeutet und dass die Kritik der Wirklichkeit dieser Ideologie auch, wieder negativ gewendet, die Kritik der Ideologie selbst schon mit einschliesst. Die Wahrheit der Wirklichkeit selbst ist die Wahrheit, die sich aus der Kritik ihres ideologischen Scheins wie aus der Kritik ihrer Zerrissenheit, die diesen produziert, herleitet.

So ist denn auch zu verstehen, dass Friedrich, statt immanente Kritik an der jeweiligen Spielart totalitärer Diktatur zu üben, Modellkonstruktionen braucht, um "Gemeinsamkeiten" aufzudecken, die für ihn gravierender sind als geschichtlich und gesellschaftlich sich ergebende Unterschiede. So wie er nicht begreift, dass totalitäre Ideologie die pervertierte Form der Interpretation einer sich im Bewusstsein widerspiegelnden Wirklichkeit ist und damit gleichzeitig auf die zu perversen Formen treibende Wirklichkeit selbst hinweist, so begreift er auch nicht, dass Ideologie in ihrer progressiven Gestalt immer schon Kritik gegen ebendiese Wirklichkeit in sich schliesst. Allseitige Rationalität erschliesst sich erst durch die Aufhebung der Gesamtstruktur von Ideologie und Wirklichkeit, die diese produziert. Die Unduldsamkeit totalitärer Ideologie (und das kann nur, als Gesamtphänomen betrachtet, der Faschismus sein) sollte immer zu der Frage veranlassen, welche eigenartige Wirklichkeit diese erzeugt hat. Aus der Eigenart des ideologischen Scheins könnte diese begriffen werden. Bleibt hingegen das ideologisch festgehaltene Moment der Progression im unkritisch hingenommenen Ideologischen stecken, so ist die hieraus sich ergebende Gewalttätigkeit Ausdruck stagnierenden

Begreifens des Progresses selbst. Andererseits kann sie aber auch - die Gewalt - als Waffe begriffen werden, die sich gegen einen ideologischen Anspruch wendet, der progressive Ideologie als totalitär verdammt. Ideologie als kritische Instanz gegen Überkommenes bedarf jedenfalls der Kritik, um durch ständige Eigenmodifikation kritisch zu wirken. Progressive Ideologie und ihre relative Infragestellung müssen so ständig Hand in Hand gehen.

Harald K e r b e r

Hinweise:

Die für diese Nummer angekündigte Fortsetzung der Besprechung französischer Zeitungen und Zeitschriften werden wir im kommenden Heft bringen.

Als ständiger Anhang zur "neuen kritik" erscheinen nunmehr die "SDS-INFORMATIONEN", für die der Pressereferent des Bundesvorstandes verantwortlich zeichnet. Sie werden in hektografierter Form herausgegeben, weil 1) unsere finanziellen Mittel verständlicherweise nicht unbegrenzt sind und 2) eine aktuellere Berichterstattung so möglich wird.

---

neue kritik - informationen für mitglieder, freunde und förderer des SDS
Redaktion: Siegfried Blasche, Peter Brokmeier, Hellmut Lessing, Manfred Liebel (verantwortlich), Hans-Jürgen Schaltenbrand, unter Mitarbeit des Arbeitskreises "neue kritik"
Anschrift der Redaktion: Offenbach a.M., v.Behringstrasse 114 (Liebel)

Schutzgebühr für das Einzelheft: 1.- DM (einschl.Porto); für Mitglieder und Förderer unentgeltlich
Jahresabonnement: 7 Ausgaben; Bezug durch die Redaktion
Die nächste Ausgabe erscheint als Doppelnummer Anfang Januar 1962
Redaktionsschluss am 1o. Dezember

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion
Erscheinungsort: Frankfurt a.M., Postscheckkto.: 316o7 PschA.Ffm. (SDS)